

# Marzahn- Hellersdorf *links*

28. Jahrgang / Januar 2018

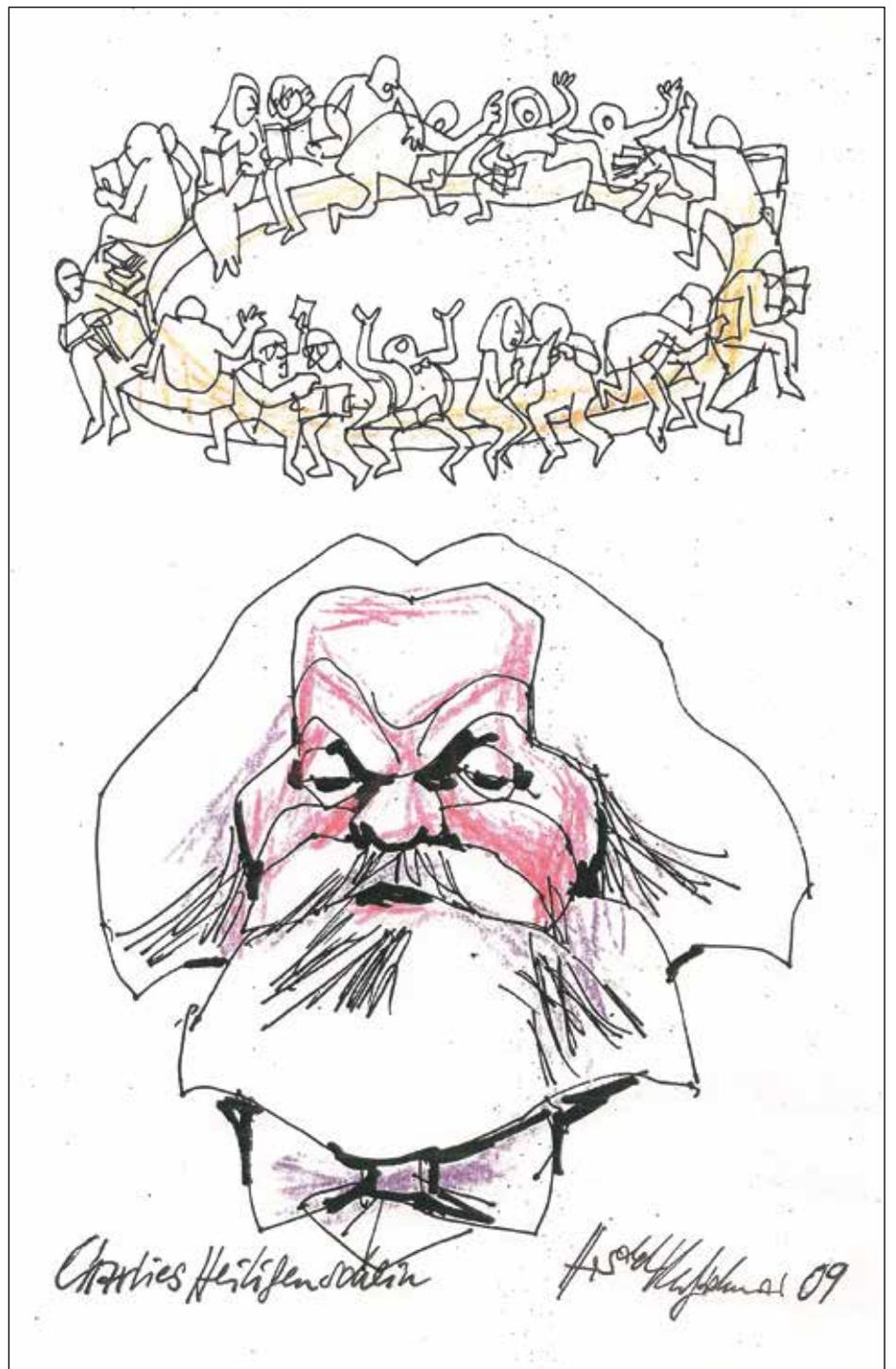
DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

## Marx lebt!

VON PETRA PAU

**E**in bewegtes Jahr ging zu Ende und mein Kalender für 2018 füllt sich bereits wieder rasant. Wobei ein Termin seit längerem feststeht. Am 4. und 5. Mai werde ich in Trier sein, zumal mich der Bürgermeister extra dazu eingeladen hat. Denn am 5. Mai 1818 wurde dort Karl Marx geboren, also vor 200 Jahren. Vielerorts, und zwar weltweit, wird dieses Jubiläum vorbereitet und mithin der einstige deutsche Bundesminister Norbert Blüm Lügen gestraft. Der hatte 1990 frohlockt: „Marx ist tot, Jesus lebt!“

Hierzulande werden zwei neue Marx-Biografien erscheinen. Nachdem 2017 der Film „Der junge Karl Marx“ anlief, hat das ZDF gerade ein „Doku-Drama“ über den reifen Marx abgedreht, mit Mario Adorf in der Hauptrolle. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird eine mehrtägige Konferenz ausrichten und bietet über die Internetseite [www.marx200.org](http://www.marx200.org) noch viel mehr an. Die Friedrich-Ebert-Stiftung widmete sich bereits vor Wochen der Frage: „Was hat uns Marx heute noch zu sagen?“ Trier bereitet zwei neue Ausstellungen vor, darunter ein Panorama mit 400 Exponaten aus zehn Ländern. Außerdem wird dort eine übergroße Marx-Statue an den berühmten Philosophen und Ökonomen erinnern, ein Geschenk Chinas an die Stadt. Klappert es so, wie derzeit geplant, dann werde ich am 4. Mai an der Uni Trier zum Thema „Linkssein im 21. Jahrhundert“ sprechen. Dieser Vortrag hat eine Vorgeschichte anno 2014. Seinerzeit bat mich die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg an einer Veranstaltungsreihe „25 Jahre Mauerfall, 25 Jahre deutsche Einheit – eine Erfolgsgeschichte?!“ mitzuwirken. Weitere Referenten sollten Hubertus Knabe, Marianne Birthler usw. sein. Ich sagte ab. Sie fragten wieder an. Ich sagte erneut ab. Dann meldete sich die Landeszentrale ein drittes Mal. Das Motto sei nur die Oberüberschrift, das Thema für meinen Abend könne ich nach Belieben selbst bestimmen. Nun sagte ich zu. Mein Angebot war: „Linkssein im 21. Jahrhundert.“ Und so kam es. Die örtliche Presse berichtete hernach, dass dazu 200 Interessenten in die Uni Freiburg gekommen waren, vorwiegend junge Leute. Ich sprach 45 Minuten, hernach diskutierten wir noch eine weitere Dreiviertelstunde. Nicht über den gescheiterten Sozialismus sowjetischer Prägung, sondern vor allem über linke Herausforderungen und Prämissen heute und morgen. Schließlich schloss der Veranstalter den bewegten Abend mit dem schönen Satz: „So viel Karl Marx gab es in diesem Hörsaal lange nicht – danke, Petra Pau!“



„Charles Heiligenschein“ - Zeichnung: Harald Kretzschmar, 2009  
Veröffentlichung mit freundlicher Genehmigung des Künstlers  
(Sammlung Hans Hübner)

### Das finden Sie außerdem in dieser Ausgabe:

**Seite 2:** Regina Kittler (MdA): Zu Kultur und Bildung

**Seite 3:** Petra Pau: G20 und noch mehr Widersinn / Rotes Sofa: Warum ein LINKES Einwanderungsgesetz?

**Seite 4:** BVV im Dezember: Schulbauoffensive voranbringen / Aus dem Bezirksvorstand: Initiativanträge, neue Mitglieder

**Seite 5:** Juliane Witt: Schloss-Biesdorf-Neustart / Perfekte Weihnacht bei Hasse & Wrede / Feier für Kinder

**Seite 6:** Aus den Siedlungsgebieten / „Mein Freund, der Baum“ oder Stolperfalle? / Betriebs-/Personalratswahlen 2018

**Seite 7:** Zur Person: Stefanie Wagner-Boysen / Empfehlungen

**Seite 8:** Vermischtes / Hinten links: Steuern

[www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de](http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

**Regina Kittler (MdB) zu Bildung und Kultur:****„Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.“ John F. Kennedy**

**D**eshalb ist der größte Haushalt aller Senatsverwaltungen der für Bildung und Jugend (2018: 3,8 Mrd. Euro; 2019: 4 Mrd. Euro). Dass die rot-rot-grüne Koalition (r2g) Bildung als Schwerpunkt behandelt, spiegelt sich nicht nur in dem enormen Aufwuchs von mehr als einer halben Milliarde Euro (2017: 3,5 Mrd. Euro), sondern auch darin, wofür das Geld bereitgestellt werden soll.

So geht es endlich dem Sanierungsstau an den Kragen, die erhöhten Mittel für den baulichen Unterhalt werden verhindern, dass Schulen überhaupt marode werden, und der Schulneubau wird beschleunigt. Die Dekade der Investitionen beginnt mit r2g und es gilt die Devise: Bezirke und Land – Hand in Hand!

Wir gehen außerdem einen entscheidenden Schritt für die inklusive Bildung.

Die größere Unterstützung der Schulkollegien, die auch Verbesserungen für die Schüler\*innen bringen wird, wird durch mehr Mitarbeiter\*innen in den Schulsekretariaten, durch die Einstellung von

Verwaltungsleiter\*innen und IT-Kräften, durch Ermäßigungsstunden für Mentor\*innen für die Erzieher\*innen- und Lehrkräfteausbildung, durch mehr Schulsozialarbeit und auch durch die Nachsteuerungsreserve für die Inklusion begonnen.

R2g hat in Berlin als erstem Bundesland die alte Gewerkschaftsforderung durchgesetzt, Grund- und Oberschullehrkräfte gleich zu bezahlen, und gemeinsam mit Rot-Rot in Brandenburg werden wir zum 1.1.2019 die Bezahlung aller Grundschullehrkräfte von A12 in A13 heben und das selbstverständlich auch für die in der DDR ausgebildeten Lehrkräfte. Dafür hat DIE LINKE seit Jahren gekämpft!

Wir wollen außerdem Jugendliche durch politische, kulturelle und außerschulische Bildungsmöglichkeiten starkmachen, was u.a. in einer Verstärkung der Gelder für Gedenkstättenfahrten und für den Jugendkulturservice oder Jugendkunstschulen zum Ausdruck kommt.

R2g übernimmt auch mit dem Bildungshaushalt

soziale Verantwortung. So wird in einem 1. Schritt ab 2019 im 1. und 2. Jahrgang die Bedarfsprüfung für den Hort abgeschafft, Schüler- und Azubitickets werden für Berlinpassbesitzer\*innen kostenfrei und die schrittweise Abschaffung der Kostenbeteiligung der Eltern wird begonnen. Zur sozialen Verantwortung gehört es auch, dass Rot-Rot-Grün die Honorare für Lehrkräfte an den Volkshochschulen an den Bundesdurchschnitt von 35 Euro/h anhebt und damit die prekäre Beschäftigung im Auftrag des Landes Berlin endlich beendet.

Viele Probleme sind durch die vergangenen Jahre und Jahrzehnten angestaut worden. Der Doppelhaushalt 2018/2019 ist der Beginn rot-rot-grüner Haushaltspolitik, die konsequent diesen Problemberg auflösen will.

Es liegt in der Natur unseres Anfangs, dass bis zum glücklichen Ende ein Weg vor uns liegt, der kein leichter sein wird. Aber dieser Anfang und die Richtung stimmen!

**„Wer sich mit der Kunst verheiratet, bekommt die Kritik zur Schwiegermutter.“ Hildegard Knef**

**S**oll heißen, wenn Berliner nichts zu meckern haben, sind sie nicht gesund.

Aber, ich empfinde die Koalition in einer guten Ehe mit der Kunst, und ich glaube auch, dass wir ganz glücklich miteinander sind.

Und r2g bringt in diese Ehe ein ganz beachtliches Startkapital von rund 139 Mio. Euro mehr als 2016/2017 mit, was der Kunst und auch den Berlinerinnen und Berlinern guttun wird.

Endlich verbessern wir die Arbeits- und Lebensbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern durch Tarifangleichung, durch eine angemessene Bezahlung bei Ausstellungen und an Musikschulen durch das Einlösen unseres Versprechens, 20 % der Lehrkräfte fest anzustellen.

Wir fördern die Freie Szene und sichern die soziale Infrastruktur mit mehreren Millionen mehr für künstlerische Festivals und Veranstaltungen oder für Aufführungen und Produktionen an besonderen Orten wie dem Radialsystem.

Wir stärken die kulturelle Basis in den Bezirken durch die Verdoppelung des Bezirkskulturfonds, eine städtische Bibliotheksentwicklungsplanung und eine Steigerung von mehr als 50 % bei der kulturellen Bildung.

Schwerpunkte setzt der vorliegende Doppelhaushaltsplan auch bei der Sicherung von Arbeitsräumen und Ateliers, was angesichts der spekulati-

ven Preisentwicklung auf dem Grundstücks- und Mietenmarkt immer schwieriger wird, uns aber besonders wichtig ist.

Die Koalition zeigt mit diesem Haushaltsplan ebenso, dass sie erkannt hat, welch großartige

und sie starkmachen, mit wachem Blick, die Welt in der sie leben, zu sehen und offen zu sein für die Vielfalt in unserer Stadt.

Für diese Vielfalt stehen auch die großen Bühnen Berlins, die nicht nur Stücke produzieren, sondern sich mit ihnen einmischen in die Auseinandersetzungen in unserer Gesellschaft.

Und wenn Bernd Schmidt als Intendant des Friedrichstadtpalastes zum Lichterfest Chanukkah in seinem Haus mahnte, dass, wer sich nicht gegen Worte wehrt, zulässt, dass Taten folgen, dann danke ich ihm für sein Engagement, so wie ich auch Ulrich Khuon vom Deutschen Theater, Shermin Langhoff vom Gorki-Theater und allen anderen Intendantinnen und Intendanten, Künstlerinnen und Künstlern und Ensembles danke, die die Freiheit der Kunst nutzen, um eben nicht nur zu beobachten, sondern Kunst schaffen, die Artikel 1 unseres Grundgesetzes lebt.\*

Und es ist unsere Aufgabe, diese Freiheit der Kunst zu schützen, und das werden wir als rot-rot-grüne Koalition tun.



Kultur und Kunst haben auch im Theater am Park ein Zuhause.

Foto: Y. Rami

Arbeit die Kinder- und Jugendtheater in Berlin leisten und dass uns diese Arbeit auch mehr wert sein muss, weil sie Kindern und Jugendlichen die Herzen für Kunst, Kultur und Phantasie öffnen

\* Die AfD wollte dem Friedrichstadtpalast, dem Deutschen Theater und dem Maxim-Gorki-Theater die Mittel um 12,6 % kürzen, weil sie sich besonders für kulturelle Vielfalt engagieren! Alle demokratischen Fraktionen haben das einmütig verhindert.

Petra Pau (MdB):

## G20 und noch mehr Widersinn

„Von den politischen Botschaften des G20 in Hamburg ist nicht mehr viel in Erinnerung, wohl aber von den Krawallen.“ Das war die Einleitung eines Nachrichtensenders dieser Tage zu aktuellen Ermittlungen der Polizei gegen „gewaltbereite Linksextremisten“.

Als G8 oder G20 werden Treffen von Regierungschefs der vermeintlich weltweit wichtigsten Staaten bezeichnet. Einmal abgesehen von der Frage, wer nach welchen Kriterien entscheidet, welche Länder wichtig und welche mithin unwichtig sind, bleiben derartige Gipfel, so spektakulär sie auch sein mögen, völkerrechtlich komplett irrelevant. Niemand hat sie zu irgendetwas legitimiert. Man könnte fast sagen: Sie sind Hobby-Veranstaltungen. Aber damit würde man sie verniedlichen. Denn letztlich geben sie vor, die eigentliche UNO und mithin die Repräsentanz einer Weltgemeinschaft zu sein, die sie nicht sind. Das Gegenteil ist der Fall.

Der jüngste G20-Gipfel fand im Juli in Hamburg statt, inmitten der Stadt. Entsprechend total waren die Sicherheitsvorkehrungen rundherum. De

facto herrschte Ausnahmezustand, Ausnahme vom Grundgesetz. Nahezu alle verbrieften Bürgerrechte, ob Demonstrations- oder Meinungsfreiheit, wurden außer Kraft gesetzt. Polizei aus allen Bundesländern wurde konzentriert, ganze Stadtteile als Sondergebiete ausgewiesen. Bürgerinnen und Bürger wurden überwacht, möglicher Protest unterdrückt. Ich sprach darob von Verhältnissen wie in Nord-Korea. Ja, das war eine Provokation. Sie brachte mir böse Schimpfe ein. Über die Kosten, x-Millionen Steuer-Euro für letztlich Nichts, will ich hier gar nichts weiter sagen.

Mir geht es um mein Thema: Bürgerrechte und Demokratie. „Von den politischen Botschaften des G20 in Hamburg ist nicht mehr viel in Erinnerung, wohl aber von den Krawallen.“ Es gab keine politischen Botschaften des G20-Gipfels in Hamburg! Jedenfalls keine, die etwas mit den wirklichen Herausforderungen der Welt zu tun hätten, ob Krieg oder Armut, ob Klima oder Digitalisierung.

Krawalle hat es wohl tatsächlich gegeben, allerdings höchst widersprüchliche. Ich sah ein Bild,

auf dem eine junge Frau, eine hilflose G20-Protestantin, mit einem Wasserwerfer beschossen wurde. Und ich hörte hernach den Oberbürgermeister Hamburgs, die Polizei habe „alles richtig gemacht“. Beides vor einem halben Jahr.

Aber der Vorspann - „Von den politischen Botschaften des G20 in Hamburg ist nicht mehr viel in Erinnerung, wohl aber von den Krawallen.“ - stammt von jetzt, Dezember 2017. Die Sicherheitsbehörden haben aktuell Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, ihre möglichen Videos vom G20-Gipfel abzuliefern, um „Linksextremisten habhaft“ zu werden. Und sie veröffentlichten aus ihrer Sicht einschlägige Bilder von vermeintlich Verdächtigen im Web. Ungeprüft und ungesichert, ob Straftaten oder zumindest der Verdacht auf solche überhaupt vorliegen. Das alles, so kommentierte der von mir geschätzte Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung, hat mit einem Rechtsstaat nichts mehr zu tun. Ich füge hinzu: Die monströse Hatz gegen vermeintlich Links steht zudem im katastrophalen Widerspruch zum häufigen Nichts gegen tatsächlichen Rechtsterrorismus à la NSU.

## Rotes Sofa: Warum ein LINKES Einwanderungsgesetz?

Noch kurz vor Weihnachten wurde auf dem 33. „Roten Sofa“ im Abgeordnetenbüro Kittler/Schmidt ein wichtiges und hochpolitisches Thema verhandelt, das DIE LINKE in den vergangenen Jahren und auch noch in Zukunft beschäftigen wird und muss. Der Fraktionsvorsitzende der Berliner Linksfraktion **Udo Wolf** (hier im Foto) war eingeladen, um über den Entwurf eines LINKEN Einwanderungsgesetzes zu sprechen.

Als Mitautor ist Udo Wolf das Thema eine Herzensangelegenheit. DIE LINKE sollte dieses Thema nicht den anderen Parteien überlassen, die Einwanderung vor allem anhand einer Kosten-Nutzen-Analyse verhandeln, so Wolf. Ein LINKES Einwanderungsgesetz müsse stattdessen die individuellen Ursachen für Migration als solche anerkennen und Bewegungsfreiheit verrechtlichen. Der Entwurf basiert auf drei Hauptsäulen:

### 1. Asylgesetz:

Hier soll das Verfahren vereinfacht und entbürokratisiert werden und die legale Einreise ermöglicht werden. So sollen Asylsuchende ein Visum zur Asylantragstellung in der deutschen Vertretung im Ausland beantragen können. Das Asylgrundrecht soll durch die Abschaffung der „sicheren Dritt- und Herkunftsstaaten“ wiederhergestellt werden.

### 2. Einwanderungsgesetz:

Mittelpunkt des LINKEN Einwanderungsgesetzes

soll der soziale Anknüpfungspunkt einer Person sein; wenn beispielsweise familiäre Beziehungen bestehen oder eine Arbeit/Ausbildung/Studium aufgenommen werden soll. Eine legale Einreise liegt nach dem Entwurf vor, wenn kein Auschlussstatbestand oder kein Einreiseverbot vorliegt.



Ausschlussstatbestände wären: Einreise zum Zweck der Spionage oder zur Begehung einer Straftat, bei Mitführung von Waffen oder Sprengstoff oder wenn es sich beim Einreisenden um einen Kriegsverbrecher handelt.

Nach einem befristeten Aufenthalt von einem Jahr soll der Eingereiste einen Anspruch auf einen unbefristeten Aufenthaltstitel haben, sofern soziale Anknüpfungspunkte vermutet werden.

### 3. Staatsangehörigkeitsrecht:

Hier soll für jedes in Deutschland geborene Kind die Möglichkeit des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit bestehen. Eine generelle Einbürgerung soll nach drei Jahren legalen Aufenthalts auf Antrag erfolgen.

In der Diskussion erhielt Udo Wolf vor allem bei der Forderung nach Entbürokratisierung und Vereinfachung des Verfahrens Zuspruch. Kritische Stimmen wurden beim Thema Innerer Sicherheit laut. Gerade im Hinblick auf den Jahrestag des Anschlages auf dem Breitscheidplatz sind Nachfragen hier verständlich. Udo Wolf antwortete hier, dass der Fall Amri vor allem ein Versagen der Sicherheits- und Geheimdienste darstelle und wenig mit Einwanderung zu tun habe. Außerdem müsse man sich verstärkt der Bekämpfung salafistischer Prediger und Moscheevereine widmen, die junge Menschen - egal welcher Herkunft - radikalisieren.

Zum Vorwurf, ein LINKES Einwanderungsgesetz sei neoliberal, antwortete Wolf, dass ein solches Gesetz genau das Gegenteil von klassischer neoliberaler Politik sei. Das Gesetz würde den Rechtsstatus von Eingereisten klarer regeln und beispielsweise Lohndumping eher verhindern als fördern.

Udo Wolf insistierte darauf, dass sich DIE LINKE zum Thema Einwanderung verhalten müsse. Der Blick auf Wahlergebnisse dürfe nicht dazu führen, Einwanderung nicht zu thematisieren. Die Bürgerinnen und Bürger wollten doch vielmehr klare Positionen.

Der Entwurf kann hier nachgelesen werden:

[www.linksfraktion.berlin/politik/](http://www.linksfraktion.berlin/politik/)

[themen/debattenbeitraege/](#)

[konzept\\_fuer\\_ein\\_linkes\\_einwanderungsgesetz](#)

PHILIPP TRÖGEL

THOMAS BRAUNE

Foto: DIE LINKE. Berlin

# Schulbauoffensive im Bezirk voranbringen

Bericht zur Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 14. Dezember 2017

Die Themen Schule und Schulsanierung dominierten auch die letzte Sitzung der BVV im Jahr 2017. Priorität der Linksfraktion war ein Antrag zur Vorhaltung von Ausweichstandorten während der Sanierung von Schulen. Um das ambitionierte Ziel des Abbaus des Sanierungsstaus an den Schulen des Bezirks verträglich realisieren zu können, soll der Bezirk mindestens zwei Ausweichstandorte für die Auslagerung von Schulen während der Sanierung vorhalten. Über den Antrag beraten im Januar der Schulausschuss, der Ausschuss für Liegenschaften, Facilitymanagement und Bauen sowie der Hauptausschuss.

In einem dringlichen Antrag für ein digitales Informationsangebot zur Schulbauoffensive fordern wir, auf den Webseiten des Bezirksamtes über die aktuell laufenden bezirklichen Schulbau- und Schulsanierungsmaßnahmen zu informieren. Immer wieder gibt es Anfragen von Eltern zum Thema, die sich mit einem Online-Angebot leicht, und ohne die Verwaltung jedes Mal von Neuem zu belasten, beantworten ließen. Auch darüber werden 2018 der Schulausschuss und der Ausschuss für Liegenschaften, Facilitymanagement und Bauen beraten.

Mit einem Antrag hat sich die Linksfraktion außerdem dafür eingesetzt, dass der Antrag auf Planfeststellung für die Ortsumfahrung Ahrensfelde zurückgezogen und der Prozess zur Planerstellung wieder geöffnet wird. Eine erneute Variantenprüfung im Interesse der Anwohner\*innen soll dadurch möglich werden. Seit Jahren ist die Planfeststellung nun schon in einer Sackgasse. Der Bundesrechnungshof hat den geplanten gedeckelten Trog infrage gestellt, und eine Finanzierung dieser Maßnahme ist nicht in Sicht. Der Antrag wurde in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

## Beschlossene Anträge der Linksfraktion:

- Winterdienst am „Anger-Center“: Das Bezirksamt soll sich gegenüber dem Eigentümer und Bauherrn des neuen Centers „Am Anger“ in Alt-Marzahn dafür einsetzen, bis zur Fertigstellung der Wegeverbindung zwischen Bärensteinstraße und Alt-Marzahn den vorhandenen provisorischen Fußweg während des Winters durch einen Winterdienst zu sichern.

- Einführung einer Buslinie X95: Zur besseren Anbindung der „Gärten der Welt“ auf Marzahner Sei-

te sowie zur Stärkung der Verbindung zwischen der Marzahner und Hellersdorfer Großsiedlung sowie dem Siedlungsgebiet soll sich das Bezirksamt gegenüber dem Senat dafür einsetzen, die Bereitstellung einer Buslinie X95 als Ergänzung der bestehenden Linie 195 zu prüfen.

- Prüfung möglicher Freibad-Standorte: Die Arbeitsgruppe „Freibad“, der alle Fraktionen der BVV angehören, fordert das Bezirksamt auf, konkrete Standorte für einen Neubau eines Freibades, einen Ausbau eines bestehenden Bades bzw. einer Bademöglichkeit an einem See im Bezirk zu prüfen.

- Öffnungszeiten der Schwimmhalle Kaulsdorf ausweiten: Das Bezirksamt soll sich gegenüber den Berliner Bäder-Betrieben (BBB) dafür einsetzen, dass die Öffnungszeiten der Schwimmhalle Kaulsdorf im nächsten Jahr ausgeweitet werden. Grund dafür ist die Sanierung des Schwimmbeckens der Schwimmhalle „Helmut Behrendt“.

THOMAS BRAUNE

# Initiativanträge, neue Mitglieder und 2018

Knapp einen Monat nach der Hauptversammlung befasste sich der Bezirksvorstand mit den dort gestellten drei Initiativanträgen. Zunächst ist hier anzumerken, dass das Bezirksamt von Marzahn-Hellersdorf unter der Leitung von Dagmar Pohle beschlossen hat, wieder öffentliche Bürgerversammlungen durchzuführen. Gleichzeitig sollte nicht vergessen werden, dass es in einigen BO bereits Traditionen gibt, wahlkreisbezogen gemeinsame Mitgliederversammlungen zu wichtigen Themen (teilweise sogar öffentlich) abzuhalten.

Der Bezirksvorstand schlägt daher vor, grundsätzlich diese bestehenden und erfolgreich praktizierten Versammlungen unter Einbeziehung unserer Abgeordneten und Vertreter in der BVV, Mitarbeiter des Bezirksamtes und des Senats zu nutzen, um kommunale Probleme mit der Öffentlichkeit zu diskutieren und Lösungen anzustoßen. Im speziellen Fall werden wir Vertreter der Antragsteller einladen, um mit ihnen eine öffentliche Versammlung in ihrem Wirkungskiez als „Pilot“-projekt in die Wege zu leiten.

Der zweite Antrag forderte eine öffentliche Versammlung zur Klärung der Verkehrsprobleme in Mahlsdorf und eine weitere zum Problem des Denkmalschutzes von Bahnhöfen an der U5. Kristian Ronneburg konnte berichten, dass der Senat und das Bezirksamt demnächst eine Bürgerberatung zur Verkehrslage in Mahlsdorf durchführen. Zum Denkmalschutz der U-Bahnhöfe ist im 1. Halbjahr 2018 ebenfalls eine öffentliche Veranstaltung

seitens des Senats unter Mitwirkung von Kristian als Abgeordneter geplant. Der dritte Antrag schlug die Schaffung eines digitalen öffentlichen linken Bürgernetzwerks vor. Diesen Antrag wird der Bezirksvorstand an den Landesvorstand zur weiteren Beratung übermitteln.

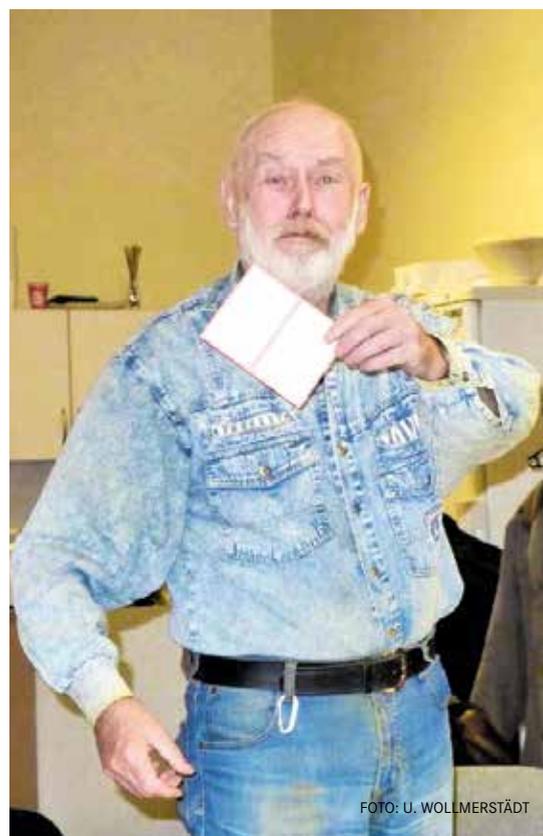


FOTO: U. WOLLMERSTÄDT

Weitere Tagesordnungspunkte widmeten sich der Wahl des geschäftsführenden Vorstandes, der aus Vorsitzendem und stellvertretender Vorsitzenden sowie zwei halbjährlich hinzukommenden Mitgliedern des Bezirksvorstandes besteht (Kristian Ronneburg, Sabine Schwarz, Yvette Rami und Björn Tielebein), der Aufgabenverteilung im Bezirksvorstand und der Vorbereitung des Arbeitsplanes 2018. Dabei wurde über die Bildung der Arbeitsgemeinschaften (AG) „Politische Bildung“ und „Öffentlichkeitsarbeit“ gesprochen. Beide stehen allen Mitgliedern zu einer Mitarbeit offen.

Abschließend wurden Beschlüsse zur Absicherung des Druckes der Marzahn-Hellersdorf links und der technischen Ausstattung der Geschäftsstelle gefasst.

Vor der letzten Beratung 2017 kam es zu einem Kennenlernetreff mit Neumitgliedern des Jahres 2017. Einem von ihnen, Klaus-Dieter Jahnke, um genau zu sein, konnte gleich das Mitgliedsbuch überreicht werden, siehe nebenstehendes Foto.

Bei Stollen und Weihnachtsgebäck kam es zu einem regen Gedankenaustausch über Probleme bei der politischen Auseinandersetzung mit der AfD, dem Wirken im Bündnis der demokratischen Parteien und zum Entwurf eines linken Einwanderungsgesetzes. In der anschließenden Sitzung des Bezirksvorstandes wurden weitere Absprachen zur Arbeit der AG „Politische Bildung“ und „Öffentlichkeitsarbeit“ getroffen.

UWE WOLLMERSTÄDT

## Juliane Witt: Schloss Biesdorf - Neustart als Kommunale Galerie und Kunsthaus

Nach etwas über einem Jahr offenem Betrieb hat die Grün Berlin GmbH den Vertrag für Schloss Biesdorf zum 1. Februar 2018 im Rahmen einer außerordentlichen Kündigung beendet. Basis der Entscheidung ist die Einschätzung, dass die tatsächlichen Kosten weit über dem vom Bezirk zugesicherten Zuwendungsbetrag liegen. Der Bezirk dankt Katja Assmann und ihrem Team, welches die schwierige Aufgabe der Führung des Kunsthauses mit großem künstlerischen und professionellen Anspruch angegangen ist und mit den drei Ausstellungen bis über die Hauptstadt hinaus viel Anerkennung erhielt. Ungeachtet der Tatsache, dass der Zuwendungsempfänger bereits zum Sommer über Probleme berichtet und das Gespräch mit der Bürgermeisterin gesucht hatte, war die Übergabe des Hauses zurück an den Bezirk dann doch überraschend. Der Bezirk wird das Haus mit den wichtigen Grundlinien der Fördermittelbestimmungen und dem Nutzungszweck inhaltlich weiterführen, zum 1.2.2018 übernehmen und die vier Hauptlinien des Hauses als Kom-

munale „Galerie & Kunsthaus Schloss Biesdorf“ bündeln.

1. Hauptteil: Künstlerisches Erbe / Die Präsentation des Künstlerischen Erbes gemäß Förderrichtlinien wird fortgeführt.

2. Die Präsentation zeitgenössischer Kunst wird weitergeführt. Die Kommunale Galerie M wird mit wechselnden Ausstellungen und Kunstprojekten das Haus weiter als Kunstort profilieren.

Die „Geschäftsstelle der Kommission Kunst im Öffentlichen Raum“ unter der Leitung von Frau Scheel wird ab 1.2.2018 dann im Schloss Biesdorf zu finden sein. Die Projekte der Galerie M in diesem Bereich, z.B. die temporären Kunstprojekte auf der Marzahner Promenade, werden fortgeführt. Eine Weiterführung von Kunstprojekten am Standort Marzahner Promenade 46 wird gemeinsam mit den Bürgern geprüft. Die aktuelle Ausstellung in der Galerie M wird bis 1.4.2018 weiter zu sehen sein.

3. Kulturelle Bildung: Die Angebote der Musikschule und der Jugendkunstschule werden die zentrale Ausrichtung als Kunsthaus ergänzen, die Jugendkunstschule wird die Angebote im Tiefgeschoss weiterführen, die kommunale Musikschule Hans-Werner Henze wird künftig mit einem der neu startenden festen Musikschulpädagogen vor Ort sein und mit der Platzierung eines hochwertigen Flügels den Saal auch für Konzerte öffnen.

4. Platz für Kunst und bürgerschaftliches Engagement: Ziel des Bezirkes ist, spätestens zum 150. Geburtstag von Schloss Biesdorf im Mai 2018 (Biesdorfer Blütenfest) nach einen Übergang all diese Themen im Haus umsetzen und darstellen zu können. Damit verknüpft wird sein die Präsentation einer Ausstellung zur Geschichte des Hauses als Denkmal und das beliebte Programm classic picknick – organisiert vom Standortmarketing des Bezirkes. Alle, die die weitere Entwicklung begleiten möchten, sind herzlich willkommen.

## Perfekte Weihnacht bei Hasse & Wrede

Wie der Vorstandsvorsitzende der Knorr-Bremse AG am 7. Dezember 2017 mitteilte, bleibt die Produktion von Hasse & Wrede am Standort Marzahn erhalten und wird nicht nach Tschechien ausgelagert.

Dieser Erfolg ist zu allererst dem unermüdlichen Einsatz des Betriebsrates und dem Protest der Beschäftigten zu verdanken, die hier die Weichen für die Sicherung der Arbeitsplätze stellten. Ich freue mich sehr, dass die Fraktionen der LINKEN, von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen sowie die Wirtschaftsministerin Ramona Pop sie in diesem Kampf bestärken konnten und der gemeinsame politische Druck Wirkung gezeigt hat.

Mit dem Erhalt der Produktion in Marzahn sind die 109 Arbeitsplätze in Marzahn gesichert. Ebenfalls vom Tisch ist die Verlagerung der Knorr-Bremse Powertech GmbH von Tegel nach Marzahn. Die Beschäftigten in Tegel sollten in Marzahn künftig 42 Stunden pro Woche ohne Lohnausgleich arbeiten. Das hätte eine Lohnkürzung von 20 Prozent bedeutet.

MANUELA SCHMIDT

Wahlkreisabgeordnete für Marzahn-Mitte und Sprecherin für Bezirke



Foto: Th. Braune

## Feier für Kinder zum Jahresende



Die Organisatorinnen und Geschenke-Überbringerinnen: Schwester Margareta, Dagmar Pohle, Petra Pau und Sarah Finagrow. Foto: privat

Am 19. Dezember war es wieder soweit. Im festlich geschmückten Saal im Don Bosco Zentrum waren die Kinder aus der Geflüchteten- und Wohnungslosenunterkunft in der Otto-Rosenberg-Straße zu unserer traditionellen Weihnachtsfeier zu Gast. Rund 70 Kinder und ihre Eltern haben uns aufgeregt erwartet. Dagmar Pohle und Petra Pau waren mit dabei, haben gemeinsam mit den Kindern und ihren Familien, den Helferinnen und Helfern von Don Bosco und Schwester Margareta Weihnachtslieder gesungen und bei Kuchen und Kakao den Nachmittag verzaubert. Am Tag zuvor hatten Helferinnen und Helfer wieder liebevoll die vielen Geschenke verpackt, die ich dank zahlreicher großer und kleiner Spenden für alle Kinder kaufen konnte. Euch allen ein großes Dankeschön, allen voran Annemarie Schmidt und Yvette Rami, die mich ganz besonders unterstützt haben. Das strahlende Lachen der Kinder, als wir ein Päckchen nach dem anderen aus dem großen Weihnachts-sack hervorholten, um es den Kindern zu überreichen, ist der schönste Dank für die Mühen der Vorbereitung. Allen, die dazu beigetragen haben, möchte ich von Herzen danken.

SARAH FINGAROW

## Aus den Siedlungsgebieten

Neben den Entwicklungen in den beiden Großsiedlungen Marzahn und Hellersdorf befassten sich das Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlung im vergangenen Jahr intensiv mit der Entwicklung in Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf und Friedrichsfelde-Ost. Es handelt sich um das größte zusammenhängende Siedlungsgebiet in Europa. Hier wohnt fast ein Drittel der Einwohner unseres Bezirks. Dabei steigen auch hier, wie in den Großsiedlungen, die Einwohnerzahlen stetig. Der Anteil von Familien mit Kindern steigt, sodass die Infrastruktur mit den Angeboten an Kitaplätzen und Schulen eine besondere Herausforderung für das Land Berlin und den Bezirk bedeutet. Die hier ansässigen Bewohnerinnen und Bewohner, die Stadtteilzentren in Biesdorf, in Kaulsdorf, in Mahlsdorf-Süd und in der Pestalozzistraße, die Sportvereine sowie die organisierte Bürgerschaft sind dabei unsere Partner und wir stellen uns mit unseren Vorstellungen der öffentlichen Diskussion.

Auf der Hauptversammlung der LINKEN im November 2017 beauftragten einige Delegierte den Bezirksvorstand, die BVV-Fraktion und die Mitglieder der LINKEN im Bezirksamt, sich noch stärker für Transparenz und um Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger einzusetzen. Sie beantragten, am Beispiel der Verkehrslösung im Ortszentrum Mahlsdorf Einwohnerversammlungen durchzuführen und interaktive Diskussionsforen der LINKEN in Marzahn-Hellersdorf und Berlin zu schaffen. Diese Anträge werden im Januar mit den Antragstellenden im Bezirksvorstand beraten und Maßnahmen zur Umsetzung beschlossen. Die Herausforderungen

bei der Sicherung der Infrastruktur der Siedlungsgebiete stellen den Bezirk und das Land vor eine Reihe von Aufgaben. Das gilt auch für die festgefahrene Diskussion um eine Verkehrslösung für Mahlsdorf. Das Zentrum ist rund um den S-Bahnhof Mahlsdorf längst an seine Grenzen gestoßen. Der Bau einer zweigleisigen Straßenbahntrasse mit einem 10-Minuten-Takt ist längst überfällig. Aber noch immer herrscht Stillstand. Deshalb hat die Linksfraktion in der BVV das Bezirksamt ersucht, einen „Runden Tisch zur Verkehrslösung“ mit den Akteuren vor Ort, Anwohnerinnen und Verantwortlichen von Bezirk, BVG und Senat zu bilden. Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und lokale Agenda 21 folgte dem Antrag, nachdem sich zuvor die SPD und die CDU dem Anliegen angeschlossen hatten. Ein Runder Tisch kann zur Wiederaufnahme einer möglichst breiten und sachlichen Diskussion beitragen. Hierbei sind zugleich das Bezirksamt und der Senat gefragt, um endlich den vielen Worten Taten folgen zu lassen.

Neben diesen Fragen steht die Entwicklung der Schulstandorte, der sicheren Schulwege für die Schülerinnen und Schüler sowie weiterer Kitaplätze auf der Agenda der Linksfraktion. Im Ergebnis des Monitoring 2017 „Schulische Infrastruktur“ erfolgten durch den Bezirk kurzfristige weitere Anmeldungen von notwendigen Investitionsmaßnahmen für den Schulneubau. Die Linksfraktion in der BVV wird diese Prozesse aktiv begleiten und auch im Jahr 2018 ein kritischer und verlässlicher Partner der Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlungsgebiete sein.

KLAUS-JÜRGEN DAHLER  
Bezirksverordneter

## Betriebs-/Personalratswahlen 2018

In Deutschland stehen bis Ende Mai 2018 Betriebsratswahlen in den mittleren und großen Unternehmen sowie Personalratswahlen in den Behörden und staatlichen Unternehmen an. In der privaten Wirtschaft ziehen die Auszubildendenvertretungen gleich und im öffentlichen Sektor erst im Herbst nach.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB und seine acht Einzelgewerkschaften begleiten und unterstützen diese demokratischen Einrichtungen im Interesse der Arbeitnehmer\*innen.

Übrigens ist für eine Kandidatur / Tätigkeit als Betriebsratsmitglied die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft keine zwingende Voraussetzung.

Wiederum sind Wahlen zu und auch Gründungen von Betriebs-/ Personalräten (gesetzliche Regelung) nur mit den Gewerkschaften möglich. Auch weil der Anteil gewerkschaftlich organisierter Berufstätiger abwärts gegen die 10%-Marke tendiert,

soll u. a. eine Image-Kampagne die Kenntnis (besser: „Zur-Kenntnisnahme“) unter der deutschen Bevölkerung im Allgemeinen wie der arbeitenden Bevölkerungsteile im Speziellen aufbessern helfen.

Was macht so ein Betriebsrat? Welches sind seine Aufgaben? Wofür ist der Betriebsrat im Einzelnen zuständig? Welche unternehmerischen Entscheidungen dürfen nicht ohne Beziehung des Betriebsrats getroffen werden? Wie sollten vernünftigerweise Betriebsrat und Geschäftsführung zusammenarbeiten?

Dabei werden die Hauptfragen von den Herausforderungen der Globalisierung und Digitalisierung der Produktionsprozesse sowie von dem damit einhergehenden Wandel der Arbeit bestimmt.

BERND-R. LEHMANN  
DGB-Kreisvorstand Ost

## „Mein Freund, der Baum“ – oder Stolperfalle?

Berlin gilt als eine der grünsten Hauptstädte Europas. Zu diesem Image trugen auch immer die von Bäumen gesäumten Straßen bei. Wer in den letzten Jahren durch manche Stadtgegend ging, musste feststellen, dass deren Anzahl zuletzt deutlich abnahm, zumindest was die sichtbaren, das Bild prägenden Gewächse betrifft. Nun hängt das zum Teil mit der Geschichte der Stadt selbst zusammen, das durchschnittliche Alter eines Berliner Stadtbaums erreicht zwischen 80 und 100 Jahre, da waren die meisten älteren Bezirke Berlins gerade in das sich bildende Groß-Berlin einbezogen.

Nach den Zerstörungen des 2. Weltkriegs und der Nutzung als Brennholz danach, kam der nächste Pflanzschwung ab den 1950er Jahren. Auch Biesdorf, Kaulsdorf, Mahlsdorf erweiterten sich nach 1900. So entstand der heute teilweise noch erkennbare Wald- bzw. Gartensiedlungscharakter.

In den Großsiedlungen entstanden vor allem schnell wachsende Bäume wie Pappeln, Eschenahorn, Zierkirschen, für die Leute mit den Kettensägen irgendwann „reif“ zum Fällen.

Doch wenn man heute die Hönower Straße, die „Chemnitzer“ oder die Oberfeldstraße entlang geht, vermisst man gerade dort die charakteristischen großen Bäume, die man auf alten Postkarten oder Fotos noch sieht.

Und dann kommt hier und da bei den wenigen noch stehenden Bäumen eine große Wurzel in den Weg und dann gibt es Bürger\*innen, die fordern, auch noch den letzten Baum zu beseitigen, damit man „sicher“ den Fußweg benutzen kann, weil ein Umweg um wenige Meter „unzumutbar“ wäre. Das bisschen Natur in Gestalt eines alten Baumes stört auf dem kürzesten Weg zum Auto oder zum Einkauf.

Nicht nur angesichts der Jahreswechselstimmung wünschte man sich von manchen Zeitgenossen etwas mehr Toleranz mit der „Schöpfung“.

Den Hinweis auf die klimatologische Funktion des Baumes und die Notwendigkeit sinnvoller Nachpflanzung von Alleen – wo gibt's die denn in Berlin überhaupt noch? – erspare ich mir hier.

FRANK BEIERSDORFF



Foto: Y. Rami

# Zur Person: Stefanie Wagner-Boysen

Stefanie ist 34 Jahre alt und wohnt in Mahlsdorf. Sie ist in Berlin aufgewachsen und vor zwei Jahren ins ruhige Mahlsdorf gezogen. Seit September 2017 ist sie Mitglied der LINKEN und wurde im November 2017 in den Bezirksvorstand gewählt. Bei der DKB arbeitet Stefanie im Bereich Facilitymanagement und ist dort für den Arbeits- und Gesundheitsschutz zuständig. Berufsbegleitend absolviert sie gerade ein Studium zur betrieblichen Gesundheitsmanagerin.

## ● Stefanie, du bist erst seit Kurzem Mitglied der LINKEN. Was hat dich bewegt, der Partei beizutreten?

**St.W.-B.:** Ich habe schon lange DIE LINKE gewählt, und nachdem die AfD bei den Wahlen 2016 und 2017 so viele Stimmen bekommen hat, dachte ich mir, dass ich auch aktiv werden muss. Von 2011-2013 habe ich Attac unterstützt – vor allem finanziell. Teilweise driften die mir aber in eine zu radikale Richtung ab und lokal kann man in einer Partei auch viel mehr erreichen. DIE LINKE ist für mich auch die einzige Partei, die sich glaubhaft für soziale Gerechtigkeit einsetzt, da sie die Einzige ist, die sich klar vom Lobbyismus distanziert.

## ● Wie kam es dann, dass du für den Bezirksvorstand kandidiert hast?

**St.W.-B.:** Der ehemalige Bezirksvorsitzende Norbert Seichter kam auf mich zu und hat gefragt ob ich Interesse hätte, für den Vorstand zu kandidieren. Ich war natürlich erstmal überrascht und hatte ein wenig Bedenken, weil ich die Partei noch wenig kenne, habe dann aber ja gesagt. Ich freue mich auf jeden Fall, dass ich als Neuling im Vorstand unterstützt werde und dass ich mich einbringen und über viele Themen austauschen kann.

## ● Bist du auch in einer Basisorganisation aktiv?

**St.W.-B.:** Ja, der Austausch mit der Basis ist wichtig. Ich werde mich demnächst mit der BO Mahlsdorf-Süd treffen, da ich als Vorstandsmitglied auch Sprecherin des Vorstandes in der Sprecherberatung für Mahlsdorf sein möchte.

## ● Welche Themen sind dir als Vorstandsmitglied wichtig?

**St.W.-B.:** Das ist vor allem die Zusammenarbeit mit den Basisorganisationen. Im Vorstand ist unter anderem gerade die Verkehrssituation in Mahlsdorf ein wichtiges Thema, was auch viele Bürgerinnen und Bürger bewegt. Außerdem will ich mich für ökologische Themen starkmachen und diese auch öffentlich weiter in den Vordergrund rücken. Zusammen mit der LAG Politische Bildung will ich auch auf diesen Schwerpunkt meinen Fokus richten.

## ● Wie könntest du dir vorstellen, die Arbeit der LINKEN in Mahlsdorf sichtbarer zu machen?

**St.W.-B.:** Ich denke, wir sollten vor allem beim Thema der Verkehrslösung dranbleiben und die Bürgerinnen und Bürger dazu informieren. Neben dem Thema Schule und Schulneubau ist das Hauptthema in Mahlsdorf. Langfristiges Ziel ist es natürlich, den Wahlkreis zurückzugewinnen. Dazu müssten wir in der Nachbarschaft aktiver werden – zum Beispiel mit Bürgerbriefen und Einwohnerversammlungen. Vielleicht auch, indem wir uns aktiver beim Nachbarschaftsportal „nebenan.de“ einbringen.

ben dem Thema Schule und Schulneubau ist das Hauptthema in Mahlsdorf. Langfristiges Ziel ist es natürlich, den Wahlkreis zurückzugewinnen. Dazu müssten wir in der Nachbarschaft aktiver werden – zum Beispiel mit Bürgerbriefen und Einwohnerversammlungen. Vielleicht auch, indem wir uns aktiver beim Nachbarschaftsportal „nebenan.de“ einbringen.

## ● Könntest du dir auch vorstellen, in der Bezirksverordnetenversammlung Politik zu machen?

**St.W.-B.:** Es müsste sich noch etwas an meinen eigenen Rahmenbedingungen verändern. Mit einer Vollzeitstelle in der DKB könnte ich das kaum realisieren. Außerdem möchte ich die Zeit bis zu den nächsten Wahlen dazu nutzen, die Partei noch besser kennen zu lernen. Prinzipiell wäre ich auf jeden Fall aufgeschlossen.

## ● Vielen Dank.

Das Gespräch führte Thomas Braune.



Foto: Th. Braune

## Empfehlungen:

● **Aktionstage** des PrinzessinnenGartenBau-Teams für den „Gutsgarten Hellersdorf“ in Zusammenarbeit mit der „Station Urbaner Kulturen“: Was soll im Gutsgarten passieren? Wir denken uns Veranstaltungen für das nächste Jahr aus, diskutieren die Inhalte und gestalten dafür Plakate.

**Termin:** Samstag, 20.1.2018, bis Mittwoch, 24.1.2018, jeweils von 14 bis 20 Uhr, in der „Station Urbaner Kulturen“, Auerbacher Ring 41, 12619 Berlin (Eingang Kastanienboulevard neben „Lebenshilfe e.V.“, Nähe U5-Station Cottbusser Platz).

Eröffnung der Plakateausstellung: Samstag, 27.1.2018, 16 Uhr, in der „Station Urbaner Kulturen“.

### Erste Ideensammlung:

Wasserkreislauf „zwischen Dachrinne und Brunnen“/Brunnenwiederbelebung, gärtnerische Workshops (Kompost/terra preta, Bienen, Kartoffeln, Kräuter- und Holunderblütenernte, Hagebuttenernte/Früchtemarmeladen), Vorführung alter Handarbeitstechniken, Frühlingfest/Osterfeuer, Tag des Gemeinguts, Oldtimer Messe, „Gutsbade-tag“ (mit echten Wannen und Zubern), Erntemarkt.

Dazu laden wir die nahen und nächsten Anwohner des Stadtgutes Hellersdorf herzlich ein.

● Im Januar 2018 erscheint das **Buch von Günter Benser**, Historiker „Die vertanen Chancen von Wende und Anschluss“. Der Untertitel lautet: „Es bleibt eine offene Wunde oder Warum tickt der

Osten anders?“ Der Autor geht der Frage nach, was falsch gelaufen ist im Wendejahr der DDR und bei der Herstellung der deutschen Einheit im Rahmen der Bundesrepublik. Welche Alternativen hat es gegeben und welche negativen Folgen zeitigt ihr Auslassen bis heute?

verlag am park, Berlin, ISBN 978-3-947094-11-0

MHL

## Überstunden

**Antwort (nach IAB-Analyse) auf die Kleine Anfrage „Überstunden in Deutschland“ von Jutta Krellmann u.a. und der Linksfraktion im Bundestag:**

1,73 Milliarden Überstunden machten die abhängig Beschäftigten 2016 in Deutschland. Davon wurde über die Hälfte nicht bezahlt: 947 Millionen Arbeitsstunden wurden nicht vergütet. Dies entspricht 578.000 Vollzeitäquivalenten. In Summe würde es ohne Überstunden 1,06 Millionen Arbeitsplätze mehr geben.

O-Ton Jutta Krellmann, MdB, DIE LINKE: „Überstunden schaden uns allen. Die einen arbeiten bis zum Umfallen, die anderen haben keine oder zu wenig Arbeit. ... Wir müssen nicht nur Reichtum, sondern auch Arbeit gerechter verteilen.“

BERND-R. LEHMANN  
DGB-KV Ost

### LINKES Unternehmerfrühstück

» 12.1., 9 Uhr, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, mit Petra Pau (MdB), Dr. Manuela Schmidt (MdB), Katina Schubert (MdB). **Thema:** Ein Jahr Rot-Rot-Grün in Berlin.

### Liebknecht-Luxemburg-Ehrung

» 14.1., 9.30 - 13 Uhr, Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht, Gedenkstätte der Sozialisten, Berlin-Friedrichsfelde. Bringt Blumen mit!

### Stilles Gedenken

» 27.1., 11 Uhr, Parkfriedhof Marzahn, Wiesenburger Weg 10, 12681 Berlin, Treffpunkt: Stele der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. BVV und Heimatverein Marzahn-Hellersdorf e.V. laden dazu anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus ein. Es spricht Dagmar Pohle, Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf.

### Der Ernst-Busch-Chor Berlin lädt ein ...

... zu seinen traditionellen Januarkonzerten im Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur:

» 27. und 28.1. jeweils um 15 Uhr, Friedrichstraße 176-179, 10117 Berlin-Mitte, Motto „November 1918 – Brüder, nicht schießen!“ - Gast: Aeham Ahmad, palästinensisch-syrischer Pianist und Sänger; Eintrittspreis: 12 Euro, Kartenbestellung und -verkauf: Frau Schönborn, 030 9712317, Frau Bieß, 030 9716000 oder E-Mail ebc@gmx.de oder mittwochs von 12:30-13:00 Uhr im Bürogebäude Franz-Mehringplatz 1 vor dem Münzenbergsaal. Restkarten an der Tageskasse.

### Politischer Frührschoppen

» 28.1., 10.00 - 13.00 Uhr, Stadtteilzentrum Alt-Biesdorf, Alt-Biesdorf 15, 12683 Berlin, Politischer Frührschoppen mit **Regina Kittler**, MdB, und **Dagmar Pohle**, Bezirksbürgermeisterin Marzahn-Hellersdorf: Informationen über aktuelle Themen aus dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf und dem Land Berlin.

### Rotes Sofa

» 19.2., 18.30 Uhr, WK-Büro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin. Bei Manuela Schmidt und Regina Kittler ist der Künstler **Georg Zahn** zu Gast, Vernissage und Ausstellung.

### Bezirksvorstand

» 16.1., 23.1., 6.2. jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratung des Bezirksvorstandes

### Basisgruppensprecher-Beratungen

» 1.2., 1.3. 19.30 Uhr, BO Hellersdorf, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

» 1.2., 1.3. jeweils 19.30 Uhr, BO Marzahn, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» 7.2., 7.3. jeweils 18 Uhr, BO Biesdorf/Marzahn-Süd, Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

### Sprechstunde Petra Pau (MdB)

» 15.2., 10 - 12 Uhr, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, um **telefonische Anmeldung** unter: **030 99289380** wird gebeten

### Sprechstunden Dr. Manuela Schmidt (MdB)

» 26.1., 23.2. jeweils 10-12 Uhr, Abgeordnetenbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

### Sprechstunden Kristian Ronneburg (MdB)

» jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, 16-18 Uhr, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

### Abgeordnetenbüros

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdB), Tel. 030 54980323, und **Regina Kittler** (MdB), Telefon: 030 54980322, Sprechstunden auf Nachfrage, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Kristian Ronneburg** (MdB), Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

### BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mo 16-18 Uhr, dienstags 9-12 Uhr, mittwochs 15 -17 Uhr, donnerstags 15-18 Uhr (außer am Sitzungstag der BVV), Telefon 030 902935820, E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

### Leben

Kalenderblatt für Kalenderblatt  
gewachsen

JANINA NIEMANN-RICH

### Hinten links:

#### Steuern

Laut Statistischem Bundesamt werden derzeit in Deutschland nur 4 % der Netto-Gewinne reinvestiert.

Trotz anhaltender Konjunktur kein Abbau des Niedriglohnsektors.

Die Einkommen sind so ungleich verteilt wie 1913 - unmittelbar vor Ausbruch des 1. Weltkriegs.

Vielleicht haben wir in Deutschland zu Ostern eine „neue“ Regierung.

Was die uns für „faule Steuereier ins Nest legt“, bleibt abzuwarten.

Kaum Gutes verheißt die Abkündigung des „Soli“, das könnte den Sozialstaat an die 19 Milliarden Euro jährlich kosten. Hinweis:

der finanzielle „Spielraum“ der Bundesregierung in ihrer Legislaturperiode von vier Jahren beträgt rund 30 Milliarden Euro.

Statt Steuergeschenke an die oberen zehn Prozent, sprich die Reichen, zu verteilen, sollten die Parlamentarier und die künftige Bundesregierung die gute Konjunkturlage nutzen für Investitionen in die Zukunft aller, in wirtschaftliche, ökologische und soziale Projekte.

#### Frage

Welche Wirkungen auf uns Europäer zeitigen die Trumpschen Steuersenkungen zugunsten der Reichen in den USA?

R. RÜDIGER

**Geschäftsstelle / Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Tel.: 030 5412130/030 9953508 - Telefax: 030 99901561**

<b>Offen:</b>	<b>Montag</b>	<b>13 - 17 Uhr</b>
	<b>Dienstag:</b>	<b>10 - 17 Uhr</b>
	<b>Donnerstag:</b>	<b>13 - 18 Uhr</b>
	<b>Freitag</b>	<b>10 - 13 Uhr</b>

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

**Herausgeber:** DIE LINKE. Berlin. Vi.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

**Layout:** Yvette Rami; **Anschrift der Redaktion:** c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

**Internet:** www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

**E-Mail:** bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

**Bearbeitungsschluss:** 04.01.2018. Auslieferung ab 10.01.2018.

**Druck:** BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Marzahn-Hellersdorf *links* wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent.

Die nächste Ausgabe erscheint **exakt am 31.01.2018 (Anlieferung aus Druckerei).**